
Suhl, 28.10.2010

Berufsakademie in Suhl – eine Chance wird vertan

Die Landesregierung hat nach umfassender Debatte entsprechender Anträge sowohl im Wirtschafts- als auch im Wissenschaftsausschuss des Thüringer Landtages erklärt, dass die Berufsakademien in Thüringen ein Erfolgsmodell sind. „Diese Auffassung teile ich“ sagt Ina Leukefeld. „Um so unverständlicher ist es, dass mit dem jetzt vorliegenden Änderungsgesetz zu den Berufsakademien in Thüringen die Chance vergeben wird, die Einrichtung von Außenstellen bzw. die Einrichtung neuer Studiengänge entsprechend dem Bedarf der Wirtschaft auf den Weg zu bringen. Bildung kostet nun mal Geld. Dem muss Rechnung tragen, wer gute Fachkräfte will und braucht.“

Die Landtagsabgeordnete hatte sich seit Jahren für die Ansiedlung einer Berufsakademie am Standort suhl engagiert. Enttäuschend sei für sie die Feststellung in der letzten Ausgabe der IHK – Zeitung Südthüringen gewesen, dass man sich mit Minister Matschi geeinigt hätte, von einer Erweiterung der Berufakademie, vorzugsweise am Standort Suhl, Abstand zu nehmen. Als Begründung wurden demografischen und finanziellen Argumenten angeführt. Unverständlich sei das auch deshalb, weil die IHK vor fast zwei Jahren sogar eine Befragung der Unternehmen durchgeführt und den Bedarf festgestellt hatte. Der Stadtrat von Suhl fasste daraufhin auf Vorschlag von Leukefeld einstimmig den Beschluss, für die Ansiedlung einer Berufsakademie in Suhl aus wirtschaftlichen und strukturellen Gründen einzutreten. Diese Forderung ist nun kampfflos vom aufgegeben worden und nun offensichtlich von Tisch. Weder eine Information noch eine Abstimmung hat es dazu zwischen IHK und Landtagsabgeordnete gegeben. Bürgermeister Lamprecht lud deshalb in dieser Woche zu einer Beratung ein, wie mit dem Stadtratsbeschluss weiter zu verfahren sei. Der müsse jetzt ohne Ergebnis aufgehoben werden.

Angesichts der neuen Situation fordert Ina Leukefeld nun von der Südthüringer Wirtschaft die Schaffung einer Berufsakademie in Freier Trägerschaft, deren Abschlüsse staatlich anerkannt werden können. Das wird mit dem geänderten Gesetz möglich sein, die Kosten trägt ein Freier Träger, der jetzt nur die Wirtschaft selbst sein kann. Die Chance, dafür gemeinsam mit dem Land eine Lösung zu finden, wurde vertan. „Wer Fachkräfte will, muss in Bildung investieren. Dieser Auftrag geht klar an die Wirtschaft. Sie kann nicht mehr darauf bauen, in Zukunft passgenau Fachkräfte auf dem silbernen Tablett serviert zu bekommen. Umso unverständlicher ist die Debatte nach Ansiedlung von Fachkräften aus dem Ausland, wenn junge Leute hier weggehen, weil sie keine attraktive Ausbildung und Zukunftsperspektive haben. Ebenso unsäglich ist die Diskussion um die Erhöhung der Arbeitszeit auf 45 Stunden, weil Fachkräfte fehlen. Das geht einfach nicht mehr zusammen“, schimpft Leukefeld.